

ver.di

# HANDEL

Informationen aus Einzel- und Großhandel

NR. 4 09. JAHRGANG NOV. 2010

## INHALT

► **VER.DI-ERFOLG:** Das zur Schwarz-Gruppe (u.a. Lidl) gehörende Unternehmen Kaufland bekommt immer mehr betriebliche Interessenvertretungen **Seite 2**

► **UMBAU:** Im Metro-Konzern wird umstrukturiert und das schafft erhebliche Unruhe – zum Beispiel im Berichts- und Rechnungswesen sowie im Cash-und-Carry-Bereich **Seite 4**

Nächste Beilage »Handel«: Frühjahr 2011

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** Margret Mönig-Raane, Frank Bsirske, Bundesvorstand Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, 0 30-69 56-0 **Redaktion & Gestaltung:** Andreas Hamann, Claudia Sikora, bleifrei Texte + Grafik, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel. 0 30-61 39 36-0, Fax: 0 30-61 39 36 18, E-Mail: info@bleifrei-berlin.de **Druck & Vertrieb:** alpha print medien AG



FOTO: STEFAN NAJDA

### AKTIONSWOCHEN GEGEN SPARKURS UND ABBAU DES SOZIALSTAATS

## Der Handel ist dabei: Gerecht geht anders!

Die Absage an die Bundesregierung war nicht zu überhören: „Gerecht geht anders!“ hieß es drei Wochen lang bei betrieblichen und öffentlichen Protesten. Aufgerufen hatten ver.di und der DGB. An den dezentralen Aktionen gegen die schwarz-gelbe Sparpolitik beteiligten sich ab dem 24. Oktober bundesweit hunderttausende Menschen – mit dabei auch viele Handelsbeschäftigte. Eine Großdemonstration war für den 13. November in Stuttgart geplant. Zuvor gab es Kundgebungen u.a. in Hamburg, Dresden, Hannover und Ulm.

Gekürzt werden soll nach dem Konzept der Koalition für die kommenden Jahre vor allem im Sozialbereich. Sie will in erster Linie die Bevölkerungsschichten finanziell belasten, die schon jetzt auf jeden Euro und jeden Cent plus oder minus achten müssen. Und die zum Beispiel auch bei den Gesundheitskosten zugunsten der Arbeitgeber zur Kasse gebeten werden. Die Gesundheitsreform lässt grüßen... Hinzu kommen die Rente mit 67 und eine Steuerpolitik, die vor allem das obere Drittel der Gesellschaft bevorteilt und die öffentlichen Haushalte schwächt.

„Der eigentliche soziale Skandal besteht darin, dass Vermögende, reiche Erben und Leute mit Spitzeneinkommen von der Bundesregierung völlig verschont werden“, so die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane. „Das so genannte Sparpaket belastet die Falschen. Es bedeutet eine erneute Umverteilung von unten nach oben und gefährdet damit die Binnennachfrage. Das ist ein Spiel mit dem Feuer.“ Gute Gegenmittel sieht sie z.B. in der Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie in kräftigen Lohn- und Gehaltserhöhungen. Auch die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn bleibe hochaktuell.

### Missbrauch von Leiharbeit muss bekämpft werden

„Gerecht geht anders!“ zielt nicht zuletzt auf den Missbrauch von Leiharbeit und Werksverträgen sowie die Zahlung von Armutslöhnen in nicht tarifgebundenen Firmen oder das Unterlaufen von Tarifverträgen – alles akute Probleme, die der ver.di-Fachbereich Handel mit großem Engagement bekämpft. Dabei

konnten – zum Beispiel durch neue Tarifverträge bei Schlemmer – wichtige Erfolge verzeichnet werden. Sehr positiv ist auch die Zusage des Handelsriesen Kaufland, ab März 2011 niemanden mehr unter einem Stundenlohn von 8,50 Euro zu beschäftigen (siehe Seite 2).

Insgesamt jedoch droht die soziale Schieflage in Deutschland krasser zu werden. Das kann sich auch auf den Handel und die dortigen Bedingungen negativ auswirken, es sei denn der Widerstand gegen den Abbau des Sozialstaats wird stärker und nachhaltiger.

Dieser Aspekt spielte bei etlichen Betriebsversammlungen, die ab der zweiten Oktoberhälfte im Handel stattfanden, eine Rolle und wurde dort mit der jeweiligen Personalpolitik verknüpft. Zum Beispiel bei Ikea und H&M, in mehreren Schlemmer-Bereichen, in Häusern von Globus, Kaufhof und real, -. Bereits am 9. Oktober führte die ver.di-Jugend im Handel eine Aktion vor und in einer Mainzer Filiale von Kik durch. Draußen mit Transparenten und drinnen mit Regalstoppern. Aufschrift: „Hier werden Billiglöhne gezahlt. ver.di tut was dagegen.“ **ANDREAS HAMANN**

### AKTIONEN bei IKEA und H&M

Zu einer öffentlichen Aktion im Rahmen der ver.di-Kampagne „Gerecht geht anders!“ kam es am 4. November vor der Verwaltung von Ikea Deutschland in Wallau: ver.di-Aktive und Mitglieder des Gesamtbetriebsrates demonstrierten gegen die Absicht der Geschäftsführung, aus Kostengründen eine GBR-Zusammensetzung durchzudrücken, bei der nicht mehr jedes Haus repräsentiert wäre. In der Einigungsstelle konnte schließlich mit der Geschäftsführung vereinbart werden, dass alle Filialen – auch die neu eröffnenden – mit je einer Person im GBR vertreten sein werden. „Ein sehr guter Erfolg“, so ver.di-Bundesfachgruppenleiter Ulrich Dalibor.

Bereits am 20. Oktober fanden in den sechs Stuttgarter H&M-Filialen zeitgleiche Betriebsversammlungen statt. Der regionalen Geschäftsleitung wurden zahlreiche Unterschriften gegen erzwungene Teilzeit und Missbrauch befristeter Arbeitsverhältnisse überreicht. Zudem forderten die Beschäftigten, dass sie an den sehr hohen H&M-Gewinnen angemessen beteiligt werden.

### MOMENT MAL!

Der Metro-Konzern, H&M und Ikea fahren in diesem Jahr satte Gewinne ein. Sie liegen nach aktuellen Zahlen und Prognosen jeweils zwischen 2 und 2,3 Milliarden Euro. Auch bei anderen schnurren die Kassen.



„Bleiben wir bei H&M. Die Textilkette konnte den Gewinn in diesem Jahr bisher um 29% auf 1,42 Milliarden Euro steigern. Hier zeigt sich, wie plausibel die Forderung ist, die Beschäftigten am Erfolg zu beteiligen. Der Konzern hat kürzlich mit einem Bonus-Programm reagiert, das viele Webfehler hat: Es orientiert sich am unsicheren Aktienkurs. Und ausbezahlt wird erst im Alter von 62 oder – bei starken Abstrichen – frühestens nach zehn Jahren. Ein Anspruch entsteht ohnehin erst nach fünf Jahren, so dass wegen der Befristungen und hohen Fluktuation viele leer ausgehen. Der GBR hat erneut eine Erfolgsbeteiligung gefordert, die sich nach den Umsatz- und Gewinnzuwächsen richtet und jährlich fällig wird. Das könnte Schule machen. In jedem Fall wird es für die nächste Tarifrunde darauf ankommen, gute Lohn- und Gehaltserhöhungen in der gesamten Branche durchzusetzen. Und das fängt jetzt an ...“ **JOHANN RÖSCH**

### Die Superreichen im Handel 2010 – Privatvermögen in Mrd. Euro



### DATEN & FAKTEN

► Wie jedes Jahr hat das „Manager-Magazin“ ein Ranking der reichsten Deutschen erstellt. Ins Auge fällt wieder die große Zahl von Familien und Einzelpersonen, deren Riesenvermögen im Handel erarbeitet worden ist.

► Auf den ersten Plätzen finden sich die Familien der Aldi-Gründer mit den Rekordsummen 17,1 und 16 Mrd. Euro. Gegenüber 2009 hat sich ihr Vermögen um 1 Mrd. Euro verringert. Dagegen verzeichnet Lidl- und Kaufland-Eigentümer Dieter Schwarz einen Zuwachs von 500 Mio. Euro. Bei der Familie Haub (u.a. Tengelmann/Kaisers/Kik) sind es immerhin plus 300 Mio. **INFOGRAFIK: BLEIFREI**

## EINZELHANDEL

## KURZ &amp; KNAPP

► **VOLL DABEI:** Die Regalstopper-Aktionen der ver.di-Jugend im Handel werden fortgesetzt. Nach Kik und Ikea, wo unter dem Motto „Gerecht geht anders!“ gegen Lohndumping bzw. Arbeitsplatzvernichtung durch Selfscanner-Kassen protestiert wird, ist jetzt auch die Metro-Tochter real, dran. Hauptkritikpunkt sind die Hungerlöhne, zu denen Ver-räumtruppen externer Dienstleister in den SB-Warenhäusern eingesetzt werden. Auch in diesem Fall werden die Kunden zu Solidarität aufgerufen.

► **RIESENGEWINN:** Der schwedische Möbelkonzern Ikea hat im vergangenen Geschäftsjahr, das am 31. August abgelaufen ist, seinen Gewinn um gut elf Prozent auf 2,5 Milliarden Euro gesteigert. Diese Bilanzzahl wurde erstmals offiziell bekanntgegeben.

## HUGENDUBEL

## Schon bald Buchdiscounter?

Die Beiträge lesen sich wie Musterbeispiele aus dem Horrorkatalog führender Discounter: Im neuen Weblog [www.hugendubel-verdi.de](http://www.hugendubel-verdi.de) geht es um Personalabbau, Dequalifizierung und Rationalisierung bei der Deutschen Buch Handels GmbH (DBH), die zu gleichen Teilen Hugendubel und Weltbild gehört. „Der Blog versteht sich als Sprachrohr und interaktive Diskussionsplattform der Angestellten, deren Erfahrungen bisher kaum an die Öffentlichkeit gelangt sind“, sagt Stefan Kraft vom ver.di-Fachbereich Handel in Bayern.



Und das neue Forum wird ausgiebig genutzt – so sehr, dass es inzwischen der DBH ordentlich zusetzt, haben doch bereits die „Süddeutsche Zeitung“ und der „Perlentaucher“ über die berechtigte Kritik berichtet. Bei der DBH bleibt derzeit kaum ein Stein auf dem anderen. Ziel ist ein „Buchhandel ohne Buchhändler“, das Aus für eine betriebliche Ausbildung und massiver Personalabbau. „Das geht bis zu Informationsterminals und Selbstbedienungs-Scanner-Kassen“, weiß der ver.di-Sekretär. Das was an Aufgaben für die menschliche Arbeitskraft verbleibt, soll peu à peu auf Leiharbeiter verlagert werden. Gleichzeitig stehen Ladenschließungen und Verkleinerungen bestehender Buchläden an. So soll laut „Nürnberger Zeitung“ die Hugendubel-Filiale am Ludwigsplatz im März 2011 geschlossen werden. Die Belegschaft des Buchhandelsriesen fordert nun einen Sozialtarifvertrag, in dem akzeptable Regelungen auch für künftige Rationalisierungsmaßnahmen festgeschrieben werden sollen. Vielen Beschäftigten ist klar – so zeigen es die Blog-Einträge –, dass sie aktiv werden müssen. „Am Ende könnte sonst ein am Discounter-Vorbild orientierter, weitgehend mitarbeiterfreier und schließlich marktbeherrschender Buchhandelstypus ‚XXL-Bücher-Aldi‘ entstehen“, warnt Stefan Kraft. Die Hugendubel-Mitarbeiter/innen, die mehrheitlich das Redaktionsteam des Blogs stellen, haben die ersten Schritte getan, sich gegen diese Entwicklung zu wehren.

**GU DRUN GIESE**  
[www.hugendubel-verdi.de](http://www.hugendubel-verdi.de)

## OBERVERWALTUNGSGERICHT KIPPT SONNTAGSÖFFNUNGEN IN DRESDEN

## Riesenerfolg beim Sonntagsschutz

Das Oberverwaltungsgericht Bautzen hat am 1. November auf Eilantrag von zwei Beschäftigten und ver.di (Bezirk Dresden-Oberelbe) die Verordnung der Stadt Dresden über die Sonntagsöffnungen im Jahr 2010 außer Vollzug gesetzt. Mit dem Beschluss sind alle drei bis Weihnachten geplanten Sonntagsöffnungen unzulässig.

## ver.di ist antragsberechtigt

Die Verordnung wurde außer Vollzug gesetzt, weil nach Auffassung der Richter die Rechtsgrundlage (§ 8 Abs. 2 des sächsischen Ladenöffnungsgesetzes) verfassungswidrig ist. „Damit ist das OVG unserer Argumentation gefolgt, die sich auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes stützt“, so Rechtsanwalt Friedrich Kühn. Das Karlsruher Gericht hatte im vergangenen Jahr entschieden, dass wirtschaftliche Interessen und Shopping-Bedürfnisse die Ausnahmen vom Sonntagsschutz nicht rechtfertigen würden. Als „Riesenerfolg für die Verkäuferinnen und Verkäufer“ hat die

stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane, den OVG-Beschluss bezeichnet. Sie gehe davon aus, dass das OVG Bautzen in der Hauptverhandlung die mit dem Eilbeschluss eingeschlagene Richtung weiter verfolgen werde. Ein besonderer Erfolg für die Gewerkschaft sei dabei, dass erstmals im Rahmen eines Verfahrens zum Thema Ladenöffnungszeiten auch ver.di antragsbefugt gewesen sei: „Ich erwarte, dass

sich diese Auffassung bundesweit durchsetzt. Dadurch bekommen wir die Beschäftigten, die unter immensem Druck stehen, aus der ersten Reihe der Auseinandersetzung und können diese in ihrem Interesse erfolgreich weiter führen“, machte Margret Mönig-Raane deutlich. Denn auch anderswo müssten Verfahren geführt werden, um das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom Dezember 2009, das den Ladenschluss am Sonntag zum integralen Bestandteil des Arbeitnehmerschutzes erklärt hatte, in den unterschiedlichen Ladenschlussgesetzen auf Länderebene durchzusetzen. „Das Bautzener Urteil ermuntert und stärkt uns in den noch bevorstehenden Prozessen“, kündigte die ver.di-Vizechefin an.

Es sei seit langem bekannt, dass eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten nicht zu höheren Umsätzen führe, sondern zu prekärer Beschäftigung. Trotzdem wollten die Händler ein ‚Shopping ohne Ende‘. „Die Länder sind diesem vermeintlich wirtschaftsfreundlichen Kurs gefolgt. Jetzt müssen sie diesen unsinnigen Kurs korrigieren“, forderte Margret Mönig-Raane.

## SCHLECKER

## Preis für Betriebsräte

Mit dem Deutschen Betriebsräte-Preis in Gold sind engagierte Kolleginnen von Schlecker Ende Oktober ausgezeichnet worden. Damit würdigte die Jury das Engagement der Frauen im Kampf gegen Lohndrückerei sowie den Missbrauch von Leiharbeit und Tarifflycht. Der Preis ging an die Betriebsräte der Drogeriemarktkette aus den Bezirken Mayen/Remagen und Fürth/Herzogenaurach. Er steht unter Schirmherrschaft des Bundesarbeitsministeriums und wird seit 2009 von der Zeitschrift „Arbeitsrecht im Betrieb“ ausgeschrieben.



Aktion der ver.di-Jugend in Mainz  
FOTO: VER.DI

## VER.DI KRITISIERT UNTERLAUFEN DER TARIFVERTRÄGE

## Netto soll umsteuern

Anfang des Jahres schien Optimismus angebracht: Beim drittgrößten, zur Edeka-Gruppe gehörenden Discounter Netto war die Tarifbindung erklärt worden. Doch es zeigt sich, dass die Tarifverträge vielfach unterlaufen werden. Über Personalabbau und schlechte Arbeitsbedingungen berichtete eine Netto-Beschäftigte gegenüber dem „Hamburger Abendblatt“, das Ende Oktober einen langen Artikel veröffentlichte. Mehr als 3.900 Filialen hat Netto bereits bundesweit, nachdem die Integration der früheren Plus-Märkte den ersten großen Wachstumsschub gebracht hatte. Doch in vielen der Geschäfte

scheinen äußerst miese Zustände zu herrschen. Bei ver.di Hamburg etwa beschrieben Netto-Mitarbeiter/innen, wie ehemalige Plus-Beschäftigte unter Druck gesetzt würden, schlechtere Verträge abzuschließen, weniger Stunden zu arbeiten oder gar zu kündigen. Die Personalzahl sei in manchen Filialen erheblich reduziert worden.

## Mehr Entschiedenheit

In der ver.di-Bundesfachgruppe Einzelhandel häufen sich ebenfalls die Negativberichte. Bis zu 70 Prozent der Stunden würden mit geringfügig Beschäf-

tigten abgedeckt, die nur 6,50 Euro (West) bzw. 5,50 Euro (Ost) erhielten. Die Unternehmensleitung behauptet hingegen, geringfügig Beschäftigte würden in „branchenüblichem Maß“ eingesetzt.

„Wir hatten sehr große Hoffnung, dass die Tarife auch angewendet würden“, sagt Ulrich Dalibor, Leiter der Bundesfachgruppe Einzelhandel. „Doch es ist offensichtlich mehr Entschiedenheit nötig. Wir fordern die Netto-Betriebsräte auf, verstärkt die Einhaltung der Tarifverträge zu überwachen und Missbrauch zu verhindern.“ Um die Verstöße gegen die Tarifbindung und die Arbeitsbedingungen sollte es auch bei einem Spitzengespräch zwischen Netto und ver.di im November – nach Redaktionsschluss – gehen.

## JUGEND IM HANDEL

## ver.di-Jugend auf Facebook

Die ver.di-Jugend goes social networks ... und teilt mit: Wir haben jetzt eine eigene Facebook-Seite mit aktuellen Themen, Berichten von Veranstaltungen, Fotos, Videos, Links, und Diskussionen rund um den Handel. Ihr könnt dort Kommentare und Diskussionen anregen oder euch mit Hilfe dieser Seite vernetzen. Die Seite findet sich unter folgendem Link: <http://www.facebook.com/pages/verdi-Jugend-im-Handel/151680021530108?v=wall>. Oder einfach als Suchbegriff *ver.di Jugend im Handel* eingeben.

## VER.DI UND DIE BETRIEBSRÄTE VERSCHAFFEN SICH RESPEKT

## Kaufland: Es tut sich was

Noch in diesem Jahr will das zur Schwarz-Gruppe zählende SB-Warenhausunternehmen seine 1.000. Filiale eröffnen. Kaufland klotzt. In Deutschland kommt der große real,-Konkurrent auf etwa 600 Standorte, die übrigen verteilen sich auf über 20 europäische Staaten. Neben der raschen Expansion gibt es intern und im Verhältnis zu ver.di interessante neue Entwicklungen.

## Zusage: Korrekter Umgang mit der Arbeitszeit

Kaufland setze endlich ein Stück „arbeitsrechtlicher Normalität“ um, heißt es in einem Flyer von ver.di Handel in Berlin-Brandenburg, das auf die so genannte Mitarbeiteroffensive der Unternehmensleitung eingeht. Gemeint ist die Zusage, sich bei der Arbeitszeit künftig sauber zu verhalten und darüber hinaus alle Beschäftigten im Verkauf mindestens in die tarifliche Gehaltsgruppe K2 einzustufen. Viele Kolleginnen und Kollegen bekommen dadurch mehr Geld und müssen nicht ewig auf die Bezahlung geleisteter Mehrarbeit warten.

Der korrekte Umgang mit Arbeitszeit und Eingruppierung soll nach den Plänen aus der Chefetage einher gehen mit einem sich steigernden Leistungsniveau der schwächeren Märkte. Dazu will man



FOTO: ANDREAS HAMANN

Bestwerte (Stundenleistungen) für die einzelnen Marktkategorien ermitteln. Dieser „Anpassungsprozess“, bei dem vieles noch unklar ist, soll bis Februar 2011 erfolgen. „Kaufland will jetzt einer von den Guten werden“, heißt es doppelsinnig in dem ver.di-Flyer. Konsequenz wäre allerdings, dass die Personalkostensätze ebenfalls erhöht werden.

„Die Unternehmensleitung hat erkannt, dass sie an den Betriebsräten und ver.di nicht vorbeikommt“, sagt Willi Hagel, der für die gewerkschaftliche Kaufland-Betreuung zuständig ist. Er hat gute Neuigkeiten: In den letzten zwei-

einhalb Jahren ist die Zahl der Gesamtbetriebsräte von 15 auf 37 angewachsen, alle arbeiten eng mit ver.di zusammen. „Wenn Kaufland etwas über eine Betriebsvereinbarung regeln will, sind sie daran interessiert, dies möglichst mit allen statt separat auszuhandeln, und spätestens hier kommen wir ins Spiel“, sagt der Bundesbetreuer. „Kaufland versucht, sich auf die veränderte Situation einzustellen – das gelingt an manchen Stellen, an einigen noch nicht“. Nach einer Musterbetriebsvereinbarung zur Einführung von SAP sind jetzt andere Themen dran. In einem sehr fort-

geschrittenen Stadium ist die Vereinbarung „Freizeitkonto“, bei der es um die Abgeltung von Mehrarbeit geht.

## 22 neue Gesamtbetriebsräte

Bei der anstehenden Vereinheitlichung des Kassensystems wollen Betriebsräte und ver.di die Kontrollmöglichkeiten begrenzen. Das wirft etliche Fragen auf: Was darf mit Hilfe der Technik wie ausgewertet werden? Was kann die Revision kontrollieren und wie darf es aufbereitet werden? Was fließt ein in die Ranking-Liste, mit der sich alle Märkte hinsichtlich Geschwindigkeit, Stornos, Kundenfreundlichkeit, Sauberkeit usw. vergleichen lassen müssen? „Wir wollen auch den Druck herauszunehmen, unter den die Hausleiter geraten und den sie dann weitergeben“, erklärt Willi Hagel. „Bei Kaufland soll weiterhin alles billig sein – auch das Personal“, interpretiert er die Unternehmensleitung. „Aber sie wollen auf keinen Fall negativ in der Öffentlichkeit auftauchen.“

Folgerichtig ist deshalb, wenn ab 1. März 2011 für alle Beschäftigten – auch für Leiharbeiter/innen und Werkvertragsbeschäftigte – ein Mindestlohn von 8,50 Euro gilt. Das gab Kaufland im Oktober nach Gesprächen mit ver.di-Vizechefin Margret-Mönig-Raane bekannt. Ein guter Schritt. Dennoch bleibt viel zu tun. Die Möglichkeiten sind deutlich besser geworden ...

**ANDREAS HAMANN**

ALLIANCE BOOTS WIRD MEHRHEITSAKTIONÄR BEI ANZAG

# Mehr Konzentration im Pharma-Großhandel

Die Übernahme war von Börsenkennern seit einiger Zeit erwartet worden, löste aber auch umgehend Spekulationen aus: In der zweiten Oktoberhälfte wurde bekannt, dass der britisch-schweizerische Pharmagroßhändler Alliance Boots die Frankfurter Andreae-Noris Zahn (Anzag) AG mehrheitlich übernimmt. Für rund 130 Millionen Euro will das von Finanzinvestoren gehaltene Unternehmen die Aktienpakete von Anzags Wettbewerbern Celesio, Phoenix und Sanacorp erwerben. Damit würde Alliance Boots auf eine Beteiligung von 81,64 Prozent kommen.

**„Weit mehr offene Fragen als Antworten“**

„Bisher gibt es weit mehr offene Fragen als Antworten, welche Folgen diese Übernahme haben wird“, sagt Astrid Rogge-Musall, in der ver.di-Bundesfachgruppe Groß- und Außenhandel für Anzag zuständig. Fest steht, dass Alliance Boots seit Jahren versucht, einen Einstieg in den deutschen Markt zu finden; bisher war das Unternehmen mit knapp 30 Prozent an Anzag beteiligt.

Klar ist auch, dass eine endgültige Mehrheitsübernahme zuvor nach europäischem Kartellrecht (zuständig sind der Kommissar für Wettbewerb und die Kartellämter der am Geschäft beteiligten Länder) überprüft werden muss. Alliance Boots, das der Private Equity-Gesellschaft Kohlberg Kravis Roberts (KKR) und einem Investorenkonsortium gehört, möchte Anzag sogar zu 100 Prozent übernehmen. Bisher hat allerdings als größter verbliebener Einzelaktionär Noweda seine 5-prozentige Beteiligung noch nicht verkauft. „Es gibt auch Mitarbeiteraktien bei Anzag. Nach derzeitigem Informationsstand können wir keine Empfehlung abgeben, wie die Kolleginnen und Kollegen damit umgehen sollen“, erklärt Astrid Rogge-Musall.

Weder mit größerem Personalabbau noch mit sonstigen gravierenden Veränderungen rechnet Wolfgang Bruchhagen, der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats bei Anzag. „Wir kennen Alliance Boots, die ja schon länger mit 30 Prozent an Anzag beteiligt sind. Aus unserer Sicht investiert das Unternehmen strategisch, um sich auf dem deutschen Markt zu etablieren.“



Arbeit am Kommissionierapparat – in den Anzag-Niederlassungen gibt es einen sehr hohen Automatisierungsgrad FOTOS: ANZAG

Interessant dürfte Anzag für Alliance Boots unter anderem wegen deren guter Platzierung im Osteuropageschäft sein. Und nicht zuletzt ist der Frankfurter Pharmagroßhändler ein kerngesundes Unternehmen mit einem guten Rücklagenpolster. „Wir gehen nicht davon aus, dass es den Briten um diese Millionen geht“, sagt Astrid Rogge-Musall. Immerhin steckt hinter dem Investorenkonsortium neben der KKR Stefano Pessina aus der Gründerfamilie von Alliance UniChem, dem Großhandelsteil des 2006 aus Boots und Alliance fusionierten Unternehmens. Bisher ist Alliance Boots laut „Lebensmittelzeitung“ – neben dem Stammmarkt Großbritannien – in mehr als zwanzig Ländern aktiv. Neben dem von Alliance eingebrachten Pharmagroßhandel betreibt das Unternehmen etwa 3.200 Apotheken und Drogerien. Weltweit beschäftigt es über 110.000 Mitarbeiter/innen.

Wie sich der Einstieg der Briten auf den deutschen Markt auswirken wird, muss sich zeigen. Da Celesio, Phoenix und Sanacorp es letztlich selbst in der

Hand hatten, ihre Aktienpakete zu halten oder an Alliance Boots abzugeben, werden sie vermutlich auch die Vor- und Nachteile des Geschäfts abgewogen haben. Das vorerst letzte Wort haben nun die Kartellbehörden.

GUDRUN GIESE



Von der Bestellung bis zum Versand vergehen in der Regel nicht mehr als 25 Minuten



Die Zentrale in Frankfurt am Main

GROSS- UND AUSSENHANDEL

KURZ & KNAPP

► **AUSSENHANDEL WÄCHST:** Der deutsche Export wird in diesem Jahr nach Schätzungen des Branchenverbands BGA so stark wachsen wie seit einem Jahrzehnt nicht mehr. Die Ausfuhren würden 2010 um 16 Prozent auf 937 Milliarden Euro steigen, berichtete der Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA) in Berlin. Im kommenden Jahr bestünden gute Chancen, zum ersten Mal in der Geschichte die Marke von einer Billion Euro beim Export zu erreichen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sind im ersten Halbjahr 2010 Waren im Wert von 458,3 Milliarden Euro exportiert und Waren im Wert von 383,6 Milliarden Euro importiert worden. Damit stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum die deutschen Ausfuhren insgesamt nominal um 17,1 Prozent und die Einfuhren um 15 Prozent. Der Außenhandelsüberschuss betrug damit 74,7 Milliarden Euro, nach 57,7 Milliarden Euro im ersten Halbjahr 2009. Die Ausfuhren nach China stiegen um über 50 Prozent.

FEGRÖ/SELGROS

Kompaktmarkt eröffnet

Ende Oktober hat Fegro/Selgros – das zweitgrößte Cash-and-Carry-Unternehmen bundesweit hinter Metro C+C – einen ersten so genannten Kompaktmarkt in Magdeburg eröffnet. Im November soll in Eschborn bei Frankfurt die neue Vertriebslinie in einem weiteren Haus umgesetzt werden. Maximal 15 der 45 Fegro/Selgros-Standorte sollen in nächster Zeit zu kleineren Kompaktmärkten umgestaltet werden (wir berichteten). Grund für den Schrumpfkurs sind die rückläufigen Umsätze im C+C-Bereich. Laut „Lebensmittelzeitung“ (LZ) hat Fegro/Selgros 2009 im Inland 5 Prozent Umsatz eingebüßt. 1,3 Milliarden Euro verbuchte das Unternehmen noch, das als Tochtergesellschaft der Transgourmet SE ab Januar 2011 zu 100 Prozent der schweizerischen Coop gehört. Die Rewe verkaufte ihren 50-prozentigen Anteil nach Angaben der LZ für rund 750 Mio. Euro. Für die Beschäftigten ist dank eines Rahmensozialplans und Gesamtinteressenausgleichs umfassende Vorsorge für die Folgen der Marktverkleinerung geschaffen worden, wie Rolf Mootz aus der ver.di-Bundesfachgruppe Groß- und Außenhandel erklärte. Die Regelungen sehen freiwillige Teilzeit ebenso vor wie Altersteilzeit. Offen ist derzeit, was mit den künftig nicht mehr genutzten Flächen passieren wird. Ob sich für die Restfläche die gewünschten Konzessionsmieter finden, muss sich zeigen. **GG**

EDEKA-TAGUNG FÜR BETRIEBSRÄTE IN KASSEL

## Tolle Aussichten – für wen?

Der Wachstumskurs ist ungebrochen, und glänzende Zahlen präsentiert das Unternehmen auch: Edeka bleibt unangefochten die Nummer 1 im bundesdeutschen Lebensmittelhandel und setzt verstärkt auf die beiden Gewinnbringer selbstständige Kaufleute sowie die expandierende Discounter-Kette Netto. Vor diesem Hintergrund diskutierten die etwa 140 Edeka-Betriebsräte, die an der diesjährigen von ver.di b+b und den Bundesfachgruppen Groß- und Außenhandel sowie Einzelhandel organisierten Perspektiventagung vom 29. September bis 1. Oktober in Kassel teilnahmen.

digen Ketten besteht – sei es Marktkauf, Spar oder Netto.

Und so erklärt sich auch ein Großteil der Edeka-Expansion schlichtweg durch Übernahmen, wie Bert Warich vom Berliner Wabe-Institut in seinem Vortrag erläuterte. Diese Entwicklung sei weitgehend abgeschlossen, stattdessen setze Edeka nun auf die „Privatisierung“ von Supermärkten. 4.500 selbstständige Kaufleute firmieren derzeit unter dem Edeka-Dach; darunter auch Großunternehmer mit zehn Märkten und mehr als 100 Millionen Euro Jahresumsatz, so Warich. „Dank der Mietzahlungen, des Warenbezugs über Edeka und der ins-

gesamt ausgezeichneten Umsatzsituation für die Selbstständigen rechnet sich diese Strategie.“

Weniger gut stehen bei der Umwandlung von Edeka-Regiemärkten zu selbstständig geführten Geschäften jedoch oft die Beschäftigten da. Über Kündigungen wegen Betriebsratswahlen, Schikanen und verschlechterte Arbeitsbedingungen berichtete eine Kollegin aus einem privatisierten Markt in Korschbroich (s. ver.di Handel 2/10). Insgesamt häuften sich die Fälle von Verstößen gegen Arbeitnehmerrechte in den von Selbstständigen geführten Märkten, erklärte Manfred Wages von ver.di

Mittelfranken. Und leider trauten sich zu wenig Beschäftigte, ihre Ansprüche einzufordern.

Die Edeka-Betriebsräte des Groß- und Außenhandels befassten sich unter anderem mit der 2011 anstehenden Tarifrunde, für die angesichts der guten Umsatz- und Gewinnsituation entsprechende Abschlüsse erwartet werden.

**Blick auf die Tarifrunde 2011**

Entgeltgruppen mit zu geringem Grundlohn soll dabei das besondere Augenmerk gelten. Auch die seit vier Jahren vorbereitete Entgeltstrukturreform für den Groß- und Außenhandel wurde bei der Tagung präsentiert. Werner Peucker von ver.di erläuterte ein sehr umfassendes Entgeltmodell, das eine differenzierte Bewertung von Arbeit und ihrer Entlohnung ermöglicht. In Baden-Württemberg soll das Modell erstmals in der Praxis erprobt werden.

Die von ver.di-Bundesfachgruppenleiter Groß- und Außenhandel Uwe Erschens moderierte Tagung wurde mit einem Grundsatzreferat der stellvertretenden ver.di-Bundesvorsitzenden Margret Mönig-Raane zum Themenkreis Lohndrückerei durch Leiharbeit und Werkverträge beendet. „Gegen dieses Dumping hilft ein gesetzlicher Mindestlohn“, sagte sie. Die Politik sei aufgerufen, rechtzeitig flächendeckend Standards festzulegen, da mit der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit für die osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten sonst eine weitere Runde der Lohndrückerei bevorstehe. **GG**

**Edeka-Gruppe steht gut da**

Martin Scholvin aus der Edeka-Zentrale in Hamburg präsentierte die Zahlen: Umsatzsteigerung im Lebensmitteleinzelhandel 2009 um 18,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 38 Milliarden Euro, mehr Beschäftigte, neue Märkte. Sehr detailliert stellte er die derzeit erfreuliche wirtschaftliche Situation der Edeka-Gruppe dar. Nachfragen zu speziellen Problemen in den Regionen konnte er aufgrund seiner Funktion in der Hamburger Edeka-Zentrale allerdings nicht erschöpfend beantworten. Das hat wiederum auch mit der komplizierten Struktur der Edeka zu tun, die immerhin aus sieben Regionalgesellschaften, aber vor allem zahlreichen früher eigenständigen



Teilnehmer der Edeka-Tagung

METRO

Gewinnsprung

Die Metro Group hat im dritten Quartal 2010 einen Gewinnsprung erzielt. Der Vorstand hob daraufhin die Ergebnisprognose für das Gesamtjahr um 100 Mio. Euro an. Bereinigt um Kosten für den Konzernumbau und andere Sonderfaktoren werde das operative Ergebnis 2,3 Mrd. Euro betragen. Der Gewinnsprung gehe zum Großteil auf die Metro-Großhandelsmärkte zurück, so die „Lebensmittelzeitung“. Auch alle anderen Vertriebslinien schrieben schwarze Zahlen (s. auch Berichte auf Seite 4)

SOLIDARITÄTSBEWEGUNG FÜR FRISTLOS GEKÜNDIGTE VER.DI-BETRIEBSRÄTIN AUS WARENHAUS-UNTERNEHMEN

# Breuninger schafft sich Ärger

Der Chef des Warenhaus-Unternehmens Breuninger mit Stammsitz in Stuttgart verfolgt große Ziele: Zusätzlich zu den zehn süddeutschen Standorten habe man Frankfurt, Hamburg, München, Hannover, Köln und Düsseldorf für mögliche Neueröffnungen im Blick, so Willem G. van Agtmael in einem Presseinterview. Momentan scheint der Geschäftsführung allerdings mehr daran gelegen zu sein, erneut den Ruf der 1881 gegründeten Traditionsfirma, die rund 3.600 Beschäftigte und einen Jahresumsatz von etwa 450 Mio. Euro zählt, zu beschädigen. Zur Erinnerung: Schon 2005 hatte Breuninger durch Tarifflicht und Einführung der 40-Stunden-Woche für Negativschlagzeilen gesorgt.

Jetzt hat das Unternehmen mit zwei fristlosen Kündigungen, die im September und Oktober gegen eine Betriebsrätin ausgesprochen wurden, eine Protestwelle ausgelöst. Mehrere hundert Personal- und Betriebsräte aus dem Stuttgarter Raum und darüber hinaus forderten Breuninger bereits auf, diesen undemokratischen Schritt sofort rück-

gängig zu machen. Inzwischen ist auch ein überregionales Solidaritätskomitee gegründet worden.

## Unbequeme ver.di-Liste gefährdet „offene Kumpanei“

Seinen Ausgangspunkt hat der Konflikt in der Betriebsratswahl vom Mai 2010, als erstmals fünf in ver.di organisierte Beschäftigte in das 23-köpfige Gremium gewählt wurden; bis dahin bestand es überwiegend aus Abteilungsleiterinnen und -leitern und es herrschte nach Einschätzung des Stuttgarter ver.di-Bezirksgeschäftsführers Bernd Riexinger „eine offene Kumpanei“ mit der Geschäftsführung. Insofern wurde die ver.di-Liste offenbar als ernsthafte Bedrohung gesehen. Das hatte Folgen, wie auch ein internes Schreiben des alten Betriebsrats zeigt. „Gewerkschaftliche Funktionäre sind angetreten, über eine Liste Einfluss auf unser Unternehmen auszuüben“, heißt es darin. „Unser erfolgreiches Handeln im Interesse aller Mitarbeiter soll hierdurch von außen gestört werden.“

Die Kollegin, die erfolgreich auf Platz 1 der ver.di-Liste kandidierte, war bereits vor dem eigentlichen Wahlgang gekündigt worden. Sie klagte zunächst dagegen, berichtete aber auch von einem Klima der Einschüchterung im Betrieb. Später hielt sie dem Druck nicht mehr stand und schied nach 17-jähriger Betriebszugehörigkeit aus dem Unternehmen und dem Betriebsrat aus.

Anfang September geriet die nächste ver.di-Betriebsrätin ins Visier und wurde mit der absurden Begründung gekündigt, einen „offenkundigen Lauschangriff“ unternommen zu haben. Tatsächlich war ihr Handy bei einer Ausschusssitzung des Betriebsrats eingeschaltet gewesen, was nach etwa einer Stunde bemerkt wurde. Die Betroffene, die seit 20 Jahren für Breuninger arbeitet, bestreitet den Abhörvorwurf nachdrücklich und kann be-

weisen, niemanden angerufen zu haben. Im Oktober wollte der Arbeitgeber offenbar auf Nummer sicher gehen und sprach eine zweite fristlose Kündigung aus. Diesmal wird der Kollegin unterstellt, sie habe eine falsche eidesstattliche Versicherung abgegeben. Mit Unterstützung ihrer Gewerkschaft klagt sie vor dem Arbeitsgericht. Für den 8. November (nach Redaktionsschluss) war dort eine sogenannte Güteverhandlung angesetzt.

Gegen einzelne Mitglieder des Betriebsrates und den Vorsitzenden strengt ver.di unterdessen ein Verfahren zur Amtsenthebung an – unter anderem wegen nicht abgehaltener Sitzungen. Auch die Wahl vom Mai wird angefochten, weil Unterlagen zur Briefwahl vorzeitig geöffnet worden seien und die Beschäftigten durch das zitierte Rundschreiben massiv beeinflusst und eingeschüchtert werden sollten. „Falls Breuninger nicht einlenkt und weiter gegen gewerkschaftlich organisierte Betriebsratsmitglieder vorgeht, rechne ich mit einer noch viel größeren Solidaritäts- und Protestwelle“, so ver.di-Mann Bernd Riexinger. „Auch bei den Kunden...“

ANDREAS HAMANN



FOTO: PANTHERMEDIA.NET/JENNY STURM

METRO-KONZERN PLANT DIE VERLAGERUNG DES RECHNUNGSWESENS UND ANDERE UMSTRUKTURIERUNGEN

## Eine gute Figur mit „Shape“?

„Das Ganze ist ein einseitiges Angebot des Arbeitgebers, über das in den Betriebsräten noch beraten und das von zwei Sachverständigen geprüft wird“, erklärte ver.di-Handelsexperte Rainer Kuschewski Ende Oktober. Eine endgültige Entscheidung wird vermutlich bis Mitte November (nach Redaktionsschluss) gefallen sein.

### Mahnwachen, Protestbriefe und ein neues Internet-Forum

Zunächst wollte Metro sogar die komplette Buchhaltung in zwei Shared Service Center im Ausland verlagern. Kosten von bis zu 40 Millionen jährlich ließen sich nach Berechnungen der Unternehmensberatung „Ernst & Young“ damit sparen. Doch das „Cora“ genannte Programm rief viele der betroffenen Beschäftigten auf den Plan. Das Internet-Forum [www.cora-nein-danke.de](http://www.cora-nein-danke.de) wurde eingerichtet, offene Briefe an den Metro-Vorstand und Politiker gerichtet sowie Mahnwachen und andere Aktionen gestartet. Zum Beispiel wurde am 17. Oktober beim Eishockeyspiel Düsseldorf gegen Krefeld am Spielfeldrand ein Protesttransparent entrollt.

„Die geplante Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland ist für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen

eine sehr ernste Angelegenheit“, schreiben Betriebsräte schon Ende August an den Metro-Vorstand und den Aufsichtsratsvorsitzenden. Es gehe schließlich um Existenzen wie auch um die Frage, wie verlässlich Metro als Arbeitgeber noch sei. Auch NRW-Arbeitsminister Schneider machte sich in einem Brief an Metro-

Chef Cordes für den Erhalt der Buchhaltungsstandorte stark.

Doch obwohl sich auch durch eine Konzentration des Berichts- und Rechnungswesens innerhalb der Bundesrepublik Kosten senken ließen, beharrte Metro auf der Verlagerung. In einer Antwort ließ Dr. Claudia Schlossberger im Auftrag des Vorstandes die Betriebsräte wissen, dass es „weder um ein Outsourcing an externe Dienstleister noch vorrangig um Stellenabbau“ gehe. Shape 2012 sei „kein Programm zum Stellenabbau, sondern ein Transformationsprogramm“. Um dann die Katze aus dem Sack zu lassen: „Soweit es zu Entlassungen kommt, werden wir selbstverständlich mit Ihnen Sozialpläne zur Milderung dieser Nachteile vereinbaren.“

„Zu Sozialplanverhandlungen ist der Arbeitgeber verpflichtet. Es ist schon dreist, das in einem solchen Brief herauszustreichen. Unser Ziel ist es ohnehin, Entlassungen bei einem so großen und wirtschaftlich gesunden Unternehmen zu vermeiden“, sagt Ulrich Dalibor, Bundesfachgruppenleiter Einzelhandel.

Shape heißt zu Deutsch Figur, Gestalt. Doch mit der Art und Weise wie Metro das Konzept Shape 2012 umsetzt, erreicht der Konzern vor allem eines: Er macht eine schlechte Figur.

GUDRUN GIESE



Beim Eishockeyspiel Düsseldorf (Sponsor Metro) gegen Krefeld

Wenn Konzerne Umstrukturierungen mit Stellenabbau planen, präsentieren sie zunächst gerne Konzepte, die mehr verschleiern als offen legen. So blieb auch im Anfang 2009 gestarteten Programm „Shape 2012“ der Metro-Gruppe an vielen Stellen vage, wie und wo genau 1,5 Milliarden Euro „Ergebnisverbesserungspotenzial“ herkommen sollten. Mittlerweile zeigt sich, was sich hinter dem Wortungetüm verbirgt: Sparen um jeden Preis.

Bei Metro C+C werden komplette Märkte geschlossen (siehe unten) und vorhandene verkleinert. Die Zukunft von real,- ist ungewiss. Und mit der ge-

planten Verlagerung des Berichts- und Rechnungswesens in so genannte Shared Service Center könnten nun auch rund 270 Arbeitsplätze an Verwaltungsstandorten der Metro-Töchter real,- in Kamen, Metro C+C in Düsseldorf, Metro-Group Logistics in Sarstedt und MAM in Saarbrücken verloren gehen. Ende Oktober präsentierte der Vorstand des Unternehmens das Konzept, 2011 die Buchhaltung zentral von drei Standorten aus erledigen zu lassen – wobei einer in Indien, ein weiterer in Polen sein soll und lediglich der dritte in der Bundesrepublik bliebe, nämlich am Standort Alzey neu aufgebaut würde.



Rundherum um die Düsseldorfer Metro-Zentrale und den Metro-Campus wurden am 27. Oktober Protestplakate gegen das Projekt Cora aufgehängt. Am nächsten Tag war Aufsichtsratssitzung ...

FOTOS: VER.DI

METRO ZEIGT KEIN INTERESSE AN FORTFÜHRUNGSKONZEPTEN FÜR C+C-MÄRKTE

## Gegen jede Logik

Gehofft haben sie bis zuletzt, die mehr als 500 Beschäftigten der Metro Cash-and-Carry-Märkte in Halle, Berlin-Pankow und Berlin-Marzahn. Doch trotz aller Proteste und von den Betriebsräten erarbeiteter Fortführungskonzepte wurden die Häuser zum 30. Oktober dicht gemacht; in Pankow läuft noch bis zum Jahresende ein Abverkauf.

„Die Entscheidung entzieht sich jeder betriebswirtschaftlichen Logik und ist schlicht grundverkehrt“, erklärt Michael Koschmieder, BR-Vorsitzender der Pankower Filiale. „Alle drei Häuser haben Mietverträge, die noch fünf bis sieben Jahre weiterlaufen. Dafür werden pro Jahr und Haus an die 2,4 Millionen Euro verschleudert!“ Die Berechnungen der Betriebsräte hätten hingegen schlüssig nachgewiesen, dass die drei Häuser

zumindest bis Ende der Mietfrist rentabel hätten fortgeführt werden können.

So schnell die Schließung umgesetzt war, so zäh ziehen sich die Verhandlungen über einen Sozialplan und Interessenausgleich hin. Am weitesten ist dabei der Pankower Betriebsrat. Inzwischen existiert ein abgestimmtes Eckpunktepapier, das u.a. eine Vorruhestandsregelung für die über 58-Jährigen, die Fortführung der Altersteilzeit im Blockmodell, Jobangebote sowie die Übernahme der Azubis enthält. Strittig ist noch die Ausgestaltung der geplanten Transfergesellschaft. Derweil vermutet nicht nur Michael Koschmieder, dass die Schrumpfkur bei Metro C+C längst nicht beendet ist. In Folge der Verschmelzung der Schaper-Kette könnten schon bald weitere Schließungen verkündet wer-

den, fürchtet Siegmund Roder von ver.di, der für den Bereich zuständig ist. „Zudem verhandelt der GBR bundesweit wegen des Umbau- und Neubaukonzeptes bei Metro C+C über einen Interessenausgleich und Sozialplan, doch bisher ist ein Abschluss in weiter Ferne.“

### Schnell noch Kürzungen?

Anfang Oktober hat Metro angekündigt, die übertarifliche Urlaubs- und Weihnachtsgeldvereinbarung für 2011 zu kündigen. Dagegen wehrt sich der GBR gemeinsam mit ver.di, zumal auf diesem Weg die Tarifverhandlungen 2011 von vorneherein negativ beeinflusst würden. „Beim übertariflichen Urlaubs- und Weihnachtsgeld verstehen wir keinen Spaß“, heißt es in einem Flugblatt des GBR. Das Metro-Konzept Shape 2012 entpuppt sich immer deutlicher als Kahl-schlagspolitik.

GG

### IN TIEFER TRAUER

Plötzlich und unerwartet, für niemanden nachvollziehbar verlieren wieder mehr als 1000 Menschen, Mitarbeiter/innen von METRO Cash & Carry Deutschland ihre Arbeit und Existenz

**Metro-Märkte Berlin-Marzahn, Berlin-Pankow, Halle – geschlossen;  
Schaper-Zentrale Hanover – geschlossen;  
Rechnungswesen Düsseldorf – ausgelagert**

im 19., 20. und 45. Lebensjahr

Es trauern um sie:

**mehr als 20.000 Kunden  
die Gewerkschaft ver.di  
die Betriebsräte  
Angehörige und Freunde  
können nicht fassen, was hier geschieht.**

**DIE URSACHE:**

**PROFITGIER, ARROGANZ UND IGNORANZ VON EIGNERN UND VORSTÄNDEN!**

Berlin, im November 2010

Mehr als 1000 Hinterbliebene, qualifizierte, kunden- und serviceorientierte, stressresistente Menschen freuen sich über Angebote kompetenter Arbeitgeber. Wenden Sie sich bitte an ver.di oder die Betriebsräte der Standorte.

Anzeige